

dadurch an die Seite des Wahlkämpfers Schiller. Der SPD-Minister über den neuen Weggefährten: „Im Streit um die Aufwertung befinde ich mich in durchaus guter Gesellschaft.“

Doch während Schiller die Hände gebunden waren, konnte Blessing handeln. Wie einst während der Erhard-Krise 1965/66 versuchte er mit höheren Zinsen und Kredit-Restriktionen die Konjunktur zu bremsen — freilich einseitig, denn durch den Export-Boom wird auch weiterhin ausländische Inflation nach Deutschland importiert.

Im Juli warnte Karl Schiller seinen Kanzler vor den politischen Gefahren der einsamen Blessing-Beschlüsse: „Herr Bundeskanzler, wir dürfen nicht auf Herrn Blessing schimpfen, wenn er uns in die gleiche Lage bringt wie 1966 das Kabinett Erhard.“ Gereizt fuhr Kiesinger hoch: „Ich bin aus anderem Holz als Herr Erhard. Wenn das kommt, dann ändere ich das Bundesbankgesetz.“ Das heißt, die Unabhängigkeit des Währungsinstituts würde beschnitten werden.

Seit der Abwertung des Franc braucht Kurt Georg Kiesinger eine derartige Zwangsmaßnahme nicht mehr zu erwägen. Denn der bedächtige Schwabe Blessing nahm seine Chance wahr, die ihm peinliche — wogegen seines Votums für die Markaufwertung aber unvermeidliche — Rolle eines Schiller-Wahlhelfers aufzukündigen. Nur wenige Stunden nach dem Pariser Währungsschnitt rückte er von seinem neuen Freund ab: Die französische Aktion — so Blessing in einem Telefongespräch mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen — vermindere in der Tat die Notwendigkeit einer deutschen Aufwertung.

In einem Interview mit der „Deutschen Welle“, am Montag letzter Woche, zog sich der Bankier noch weiter zurück: „Die Lage ist heute anders, als sie noch vor wenigen Monaten war. Man wird abwarten müssen, wie sich die Dinge weiter entwickeln.“

Kanzler Kiesinger münzte unverzüglich das Orakel des Notenbankchefs in eine Bestätigung seiner eigenen Politik um. Und CDU/CSU-Fraktionschef Rainer Barzel nutzte den vermeintlichen Abfall Blessings zu einem Ausfall gegen den SPD-Wirtschaftsminister: Schiller müsse sich entscheiden, ob er „endgültig die Kompetenz eines Bundesministeriums für das Rechthabereiwesen“ übernehmen wolle.

Doch der Parteien-Streit schmeckt dem neutralen Präsidenten nicht — weder in seiner Rolle als Parteigänger Schillers noch in seiner Rolle als Kronzeuge gegen Schiller. Blessing: „Ich muß es immer ausbaden.“

In Wahrheit wollte sich der Notenbankchef mit seinen beiden Erklärungen nach der Franc-Abwertung nicht auf die CDU-Seite schlagen, sondern lediglich aus dem Wahlkampf zurückziehen. Ihm war klar gewor-

\* Der Persil-Schein: Aktennotiz eines SS-Führers aus dem Jahre 1944. Sie enthielt eine Denunziation eines Kiesinger-Untergebenen, der seinen Chef als unzuverlässig in der anti-jüdischen Propaganda bezeichnete.

den, daß bis zum 28. September währungspolitisch nichts mehr zu erreichen ist. Wie es bis dahin in ihm aussehe, meinte der Präsident, gehe niemand was an. Blessing zum SPIEGEL: „Schon wegen der Spekulation ist es für einen Notenbankpräsidenten schwer, genau zu sagen, was er denkt.“

Nur einer glaubt zu wissen, wie es in Karl Blessing aussieht. Karl Schiller beruft sich auf ein Telefongespräch mit dem Unparteiischen in Frankfurt. Blessing — so Schiller — zu Schiller: „Am Tag nach der Wahl können wir uns über gemeinsame Aktionen unterhalten.“

AHLERS

Anständig auseinander

Trouble is my business.  
Sinnspruch im Arbeitszimmer von Conrad Ahlers.

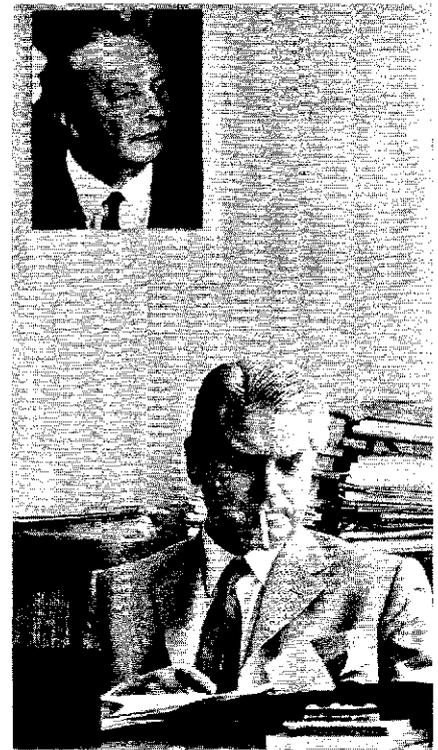
Fern der Heimat erfuhr Kurt Georg Kiesinger das Unfaßbare. Einer seiner Getreuen war fremdgegangen.

Jovial hatte der Kanzler während seiner letzten Amerika-Visite auf einer Party in der deutschen Washington-Botschaft den Presseamt-Mann Heinz Schneppen gefragt: „Na, was gibt's Neues in Bonn?“ Schneppen rapportierte: Presseamts-Vize Conrad Ahlers habe in einem Interview mit dem Berliner „Telegraf“ Kiesingers Wahlkampfgegner Willy Brandt als nächsten Bundeskanzler empfohlen.

Der alte Kanzler verlor die Beherrschung: „Der ist doch wohl...“ Was der wohl sei, mutmaßte der in der Nähe stehende Presseamts-Chef Günter Diehl: „Der Conny war wohl betrunken.“

Conny Ahlers, 46, hatte wieder einmal Trouble. Der Bruch zwischen Kanzler und Knappe schien unabwehrbar.

Dabei war es der SPIEGEL-Redakteur Conrad Ahlers gewesen, der Ende



Kaltgestellter Ahlers  
„Dafür auch noch angepöffen“

1966 in unermüdlichem Maklerdienst zwischen SPD-Vize Herbert Wehner, Patenonkel von Ahlers-Sohn Detlev, und Kiesingers CSU-Freund Theodor Freiherr von und zu Guttenberg die Große Koalition gebären half.

Dem Kanzler-Kandidaten Kiesinger besorgte er aus dem SPIEGEL-Archiv jenen Persilschein, der dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des NS-Außenamtes die Tore des Palais Schaumburg öffnete\*.

Überdies: Indem der parteilose Ahlers, einst prominentes Strauß-Opfer in der SPIEGEL-Krise, sich für die SPD ins Presseamt schicken ließ, erleichterte er es Herbert Wehner, den widerstrebenden Genossen die Zu-



Ahlers-Vorgesetzter Diehl, Chef: „Der war wohl betrunken“

stimmung zu einem Finanzminister Strauß abzurufen.

Fortan bestimmte Trouble das Geschäft von Conrad Ahlers. Denn der SPD-Protégé verstand den Weisungen des CDU-Kanzlers. SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller definierte die problematische Doppelfunktion des stellvertretenden Regierungssprechers verständnisvoll: „Conny muß auf zwei Schultern tragen.“

Regelmäßig tanzte Conny auch auf zwei Hochzeiten. Allmorgendlich fand er sich mit den Staatssekretären Carstens, von Guttenberg und Diehl zum Lever des schwäbischen Landesherrn im Kiesinger-Bungalow ein. Dort zogen sie die Richtlinien der Politik.

Jeden Montag löffelte er mit den jungen Hoffnungen des SPD-Establishments, den Staatssekretären Ehmke (inzwischen Justizminister), von Dohnanyi, Arndt und Jahn sowie Brandts Sonderbotschafter Bahr in seiner Dienstvilla auf dem Bonner Venusberg Erbsensuppe. Dabei heckten sie die SPD-Gegenstrategie aus.

Gleichwohl hatten die Genossen bisher das meiste an ihrem Presseamts-Vertrauten auszusetzen. So lasteten sie ihm an, kanzlerhörig

- ▷ in Anzeigenserien des Presseamts zum Lobe der Großen Koalition Strauß und Kiesinger mehr als Schiller gefeiert zu haben,
- ▷ eine Bundeszentrale für Öffentlichkeitsarbeit zu propagieren, die früher schon einmal von der CDU vorgeschlagen, von der SPD aber strikt abgelehnt worden war,
- ▷ Schillers Haltung in der Aufwertungsfrage dadurch ins Zwielficht gerückt zu haben, daß er eisern bei der Kanzler-Version blieb, der Wirtschaftsminister sei im letzten November zur Aufwertung gar nicht bereit gewesen.

Ahlers revanchierte sich für SPD-Verdächtigungen mit einem bösen Ausfall gegen die Parteibaracke. Auf Weltreise mit seinem Kanzler in Teheran, ließ er im vergangenen Herbst nach Bonn drahten, von einer Begünstigung der CDU könne „überhaupt nicht die Rede sein“. Wohl aber sei es für ihn „zuweilen notwendig gewesen, sich gewisser Pressionen von SPD-Seite auf Begünstigung zu erwehren“.

Mit den Christdemokraten bekam Ahlers Trouble, als er

- > im Dezember vergangenen Jahres erklärte: „Der Bundeskanzler ist ein wandelnder Vermittlungsausschuß, und das entspricht seiner Natur ganz gewaltig“;
- ▷ in einem Interview mit der „Neuen Ruhr-Zeitung“ der CDU „Rückfall ins Reaktionäre“ und eine „Rückkehr zu einem nationalkonservativen Kurs“ vorwarf;
- ▷ sein eigenes Wort, des Kanzlers Nein zur Aufwertung gelte auf „ewig“, später dem Koalitionsfrieden zuliebe umfunktionierte in: „Auf absehbare Zeit.“

Connys Versuch, „den Graben zwischen Kiesinger und Schiller“ (Ahlers) in der zum Wahlthema Nummer eins aufgewerteten Währungsfrage zuzu-

schütten, trug ihm einen Rüffel seines Kanzlers ein. Der gescheiterte Vermittler Ahlers fühlte sich mißverstanden: „Dafür bin ich nun auch noch angepöfft worden.“

Das „Telegraf“-Interview kühlte die Freundschaft zwischen Kanzler-Adlatus und Kanzler vollends ab. Ahlers hatte dem Berliner Blatt nach einem Bekenntnis zur Großen Koalition erklärt: „Natürlich würde ich es für wünschenswert halten, daß die SPD diesmal den Bundeskanzler stellt. Aber auch eine Große Koalition unter der Führung Brandts könnte sehr erfolgreich sein.“

Als Kanzler Kiesinger aus den USA heimkehrte, brach über die Folgen der Franc-Abwertung schließlich der offene Konflikt aus. Unter seinen Amtspapieren fand der Kanzler ein Memorandum, in dem der Nicht-Ökonom Ahlers — nach Rücksprache mit

internen Besprechungen im Kanzler-Bungalow teilnehmen. Der Regierungschef würdigt ihn keines privaten Wortes mehr.

Conny Ahlers bereitet sich auf seine Trennung von Kanzler und Amt vor. Ehe er letzte Woche in Salzburg beim „Rosenkavalier“ Entspannung suchte, offenbarte er: „Ich werde Kiesinger sagen, wenn schon, dann sollte man anständig auseinandergehen.“

## KABINETTSREFORM

### Unter dem Standard

Was Ihre Leute da schreiben, ist hochbrisant.“ Kanzler-Staatssekretär Karl Carstens ermahnte im Auftrag seines Chefs den Ministerialdirektor Werner Krueger, das Schriftstück erst nach der Wahl zu veröffentlichen: „Wir sollten den Linken nicht



Kabinettsitzung in Bonn: „Das ist ja alles 19. Jahrhundert“

SPD-Wirtschaftsminister Schiller — dem Aufwertungsgegner Kiesinger eine Kurskorrektur der Mark um vier Prozent (bei gleichzeitiger Abschaffung der Exportsteuer) vorschlug.

Wenig später widersprach Ahlers dem Regierungschef erneut. Diehl hatte vor der Bundespressekonferenz kanzlerkonform Schillers Interpretation eines Telefongesprächs mit dem französischen Finanzminister Giscard d'Estaing — die Franzosen erwarteten eine Markaufwertung — lächerlich gemacht: „Der Eindruck ist der, daß er etwas hören wollte oder gehört hat, was er gern hören wollte.“ Ahlers beharrt heute noch darauf, womit er vorher schon seinen Kanzler gereizt hatte: „Ich war dabei, als Schiller telephonierte, der Minister kann sich nicht verhöhrt haben.“

Kiesinger witterte Kanzler-Verrat und ließ seinen einstigen Intimus fallen. Seither darf der stellvertretende Regierungssprecher nicht mehr an den

noch mehr Material in die Hand geben.“

Krueger, Planungschef im Kanzleramt, hatte mit zehn Helfern Vorschläge zu einer Kabinettsreform erarbeitet, von denen der Kanzler befürchten mußte, sie könnten seinem im Wahlkampf dringend benötigten Ansehen als moderner Regierungschef Abbruch tun.

Im Dezember vergangenen Jahres freilich hatte Kiesinger selbst die Studie in Auftrag gegeben und sich davon Wahlwerbung versprochen. Er übernahm den Vorsitz eines Kabinettsausschusses (weitere Mitglieder: die Minister Benda, Ehmke, Schiller, Dollinger, Stoltenberg und Schmid), der die westdeutsche Regierungs- und Verwaltungspraxis kritisch untersuchen und Reformpläne vorlegen sollte. Damals wünschte auch Kiesinger, daß die Pläne noch vor der Bundestagswahl fertig sein sollten, „weil sie sich am besten zu Beginn einer Legislatur-